polylog

Zeitschrift für interkulturelles Philosophieren

Nr. 5 2000

ISSN 1560-6325 ISBN 3-901989-04-8

erkenntnisquellen

David P. Lawrence
Zu Abhinavaguptas Offenbarungstheorie

Aharon Shear-Yashuv
Talmudische Gedanken über die »Erkenntnisse der Glaubenslehren«

Jakób Stuchlik
Tod und Geburt der Philosophie in einer spirituellen Praxis des Buddhismus

Manfred B. Steger
Führt spirituelle Selbsterfahrung zu mehr Mitgefühl in politischen Ansichten?

Hans Schelkshorn
In eigener Sache. Zum Konflikt zwischen Österreich und der Europäischen Union

Jay L. Garfield
Zeitlichkeit und Andersheit. Dimensionen hermeneutischer Distanz

Shin-Ja Kim
Dasan Jeongs Theorie der Natur des Menschen

SONDERDRUCK

6
DAVID P. LAWRENCE
Zu Abhinavaguptas Offenbarungstheorie

19
AHARON SHEAR-YASHUV
Talmudische Gedanken über die »Erkenntnisse der Glaubenslehren«

26
JAKÓB STUCHLIK
Tod und Geburt der Philosophie in einer spirituellen Praxis des Buddhismus

31
MANFRED B. STEGER
Führt spirituelle Selbsterfahrung zu mehr Mitgefühl in politischen Ansichten?

4

thema erkenntnisquellen

forum

36
HANS SCHELKSHORN
In eigener Sache.
Zum Konflikt zwischen Österreich und der Europäischen Union

42
JAY L. GARFIELD
Zeitlichkeit und Andersheit.
Dimensionen hermeneutischer Distanz

62
SHIN-JA KIM
Dasan Jeongs Theorie der Natur des Menschen

75
LOUIS VILLORO
Über Konsensdemokratie
Zu einigen Ideen Kwasi Wiredus

bücher & medien

80
URSULA BAATZ
Tibetischer Buddhismus.
oder: Gibt es einen Ausweg aus Shangri-La?
zu drei Tibet-Büchern der letzten Zeit

82
WOLFGANG TOMASCHITZ
zu R. Elberfeld: Kitaro Nishida

84
NAUSIKAA SCHIRILLA
zu E. Gutiérrez Rodríguez: Intellektuelle Migrantinnen

86
GÜNTHER MAHR
zu V. Flores García: El lugar que da veridad

88
F. OCHIENG-ODHIAMBO
zu S. O. Imbo: An Introduction to African Philosophy

90
URSULA BAATZ
zu K. Baier: Yoga auf dem Weg nach Westen

92
tips

Hans Schelkshorn

In eigener Sache
Zum Konflikt zwischen Österreich und der Europäischen Union

Hans SCHELKSHORN unterrichtet Philosophie am Inst. f. christl. Philosophie der katholischen Fakultät der *Universität Wien*.

In einer Zeit, in der die Philosophie die prophetische Rolle öffentlicher Kritik nur mehr leise und selbstkritisch erfüllt, erhebt in Europa plötzlich die Politik die Stimme Moral: Die Regierungschefs von vierzehn EU-Staaten appellieren unter Androhung moralischer Sanktionen an die politischen Akteure in Österreich, eine Regierung ohne Beteiligung der FPÖ zu bilden, deren ausländerfeindliche und rassistische Politik als Gefahr für die europäischen Grundwerte angesehen wird. Der Appell verliert sich jedoch in den Kanälen innenpolitischer Machtkalküle.

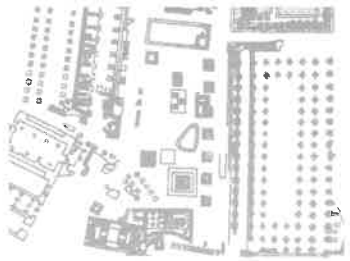
Die Regierungsbeteiligung der FPÖ hat in ganz Europa zahlreiche Diskussionen über die Gefahren rechtspopulistischer und neofaschichtischer Parteien für europäische Demokratien ausgelöst. Da »polylog« in Österreich erscheint und sich um eine unverkürzte Vielfalt interkultureller Verständigung bemüht, ist in der »Causa Österreich« ein Wort »in eigener Sache« unumgänglich.

- »In eigener Sache« meint zunächst, daß es sich um eine Sache *aller* ÖsterreicherInnen handelt. Die Zeichen moralischer Mißachtung seitens der 14 EU-Staaten richten sich zwar gegen die österreichische Regierung und, wie versichert wird, nicht gegen die Bevölkerung. Doch so notwendig diese Grenzziehung ist, so wenig schützt sie den einzelnen vor der bestürzenden Scham, die aus dem Blick moralischer Mißachtung erwächst. Denn die Koalitionsregierung zwischen ÖVP und FPÖ ist verfassungskonform zustandegekommen und insofern demokratisch legitimiert. Daher stehen alle österreichischen StaatsbürgerInnen – auch jene, die keine der beiden Regierungsparteien gewählt haben – vor dem Problem, daß in diesem Land auf demokratischem Weg eine Regierung gebildet werden konnte, die in der Sicht der EU-Staaten eine Gefahr für die europäische Wertordnung darstellt. Die Situation hat eine Sartresche Dimension. Der Blick der Anderen macht alle Versuche einer radikalen Distanzierung von der eigenen politischen Kultur zunichte. Die Scham nimmt unausweichlich kollektive Dimensionen an. Ich spreche daher als Betroffener, nicht als distanzierter Beobachter, genauer als Philosoph, der selbst Teil der politischen Kultur in Österreich ist.

- Ein Wort »in eigener Sache« ist auch angebracht, da der Kern des Konflikts zwischen der österreichischen Regierung und den übrigen EU-Staaten unmittelbar die »Sache« einer interkulturellen Philosophie berührt, nämlich das Problem des Rassismus und nationalistisch motivierter Fremdenfeindlichkeit. Auf diese Problematik möchte ich anhand des Parteiprogramms der FPÖ eingehen, das paradoxerweise die Vielfalt von Kulturen gegen einen nivellierenden Multikulturalismus verteidigt.

Zuvor aber zu den aktuellen Ereignissen selbst:

Zeitschrift für interkulturelles Philosophieren
Seite 36–41
polylog 5
Wien 2000



1. Die politische Kultur in Österreich und die »Werte der EU« – ein Konflikt zwischen politischen Kulturen

Moralische Ächtung ist für Österreich keine völlig neue Erfahrung. Vor knapp 15 Jahren wurde der österreichische Bundespräsident Kurt Waldheim während seiner gesamten Funktionsperiode durch Westeuropa und die USA diplomatisch isoliert. Die Reaktionen folgen damals wie heute einem bedrückendem Wiederholungszwang: Österreich fühlt sich ungerecht behandelt, vermutet in den Ereignissen dubiose Verschwörungen – damals des Weltjudentums, heute der Sozialistischen Internationale bzw. der »Großen« in der EU. In beiden Fällen klaffen Selbst- und Fremdbild völlig auseinander. Dies scheint mir ein Indiz dafür zu sein, daß die massiven Reaktionen der 14 EU-Staaten gegen die österreichische Regierung im Horizont eines tieferliegenden Wertkonflikts verstanden werden müssen.

Worin der Wertkonflikt näherhin besteht, ist in den öffentlichen Debatten kaum klargestellt worden: So waren etwa die Hinweise auf die Anti-EU Haltung der FPÖ wenig stichhältig. Denn Euroskeptiker gibt es in allen EU-Staaten, auch in Regierungsparteien. Weitaus schwerer wiegt hingegen die ausländerfeindliche bzw. rassistische Politik der FPÖ, insbesondere in ihren Wahlkämpfen. Doch auch die Politik der früheren österreichischen Regierung bzw. vieler EU-Staaten war von ausländerfeindlichen Tendenzen geprägt. *Als Grund* einer europaweiten moralischen Ächtung der österreichischen Regierung ist daher selbst die Ausländerpolitik der FPÖ noch anfechtbar.

Der eigentliche Sprengsatz im Wertkonflikt zwischen Österreich und der EU scheint mir daher in der Erinnerungskultur zu liegen. Denn die »europäischen Werte« beziehen noch vor aller diffizilen philosophischen Ausdeutung der aufklärerischen Menschenrechtsethik ihre Überzeugungskraft vor allem aus den geschichtlichen Erfahrungen der faschistischen und nationalsozialistischen Barbarei in diesem Jahrhundert. Dazu gehören unter anderem einige historische Wahrheiten, wie die Kriegsschuld Nazi-Deutschlands, der Holocaust an der jüdischen Bevölkerung oder das Faktum, daß Freiheit und Demokratie in Österreich und Deutschland durch die westlichen Alliierten installiert worden sind. Diese und andere geschichtlichen Wahrheiten gehören zum selbstverständlichen Grundkonsens westlicher Demokratien; sie bilden gleichsam eine Tabugrenze, die Jörg Haider als Obmann der FPÖ in regelmäßigen Abständen bedenkenlos überschritten hat. Inmitten einer prinzipiellen Distanzierung vom Nationalsozialismus[1] wurde zugleich über Jahre hinweg in verschiedenen Reden und Interviews ein Geschichtsbild transportiert, das die geschichtliche Basis der europäischen Wertordnung auf den Kopf stellt:

Der eigentliche Sprengsatz ... scheint mir daher in der Erinnerungskultur zu liegen.

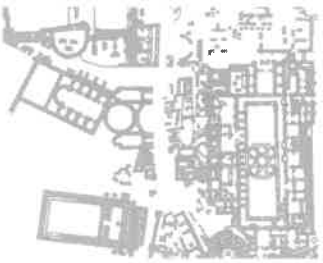
- Die Kriegsschuld Hitlerdeutschlands sei – so Haider – bloß die Version *»der offiziellen Geschichtsschreibung«*[2]; ob es sich dabei um einen Aggressionskrieg gehandelt habe, darüber sei *»die Geschichte* [d.h. die Geschichtsschreibung] *stark im Fluß«*[3].
- Die SS bzw. die deutsche Wehrmacht habe *»die Grundlage ... für Frieden und Freiheit«* in Europa gelegt; deren Opfer seien daher *»nicht umsonst gewesen«*[4]; dies müsse vor allem jenen in Erinnerung gerufen werden, *»die sich ohne ihr Zutun ins gemachte Nest der Demokratie und der Wohlstandsgesellschaft gelegt*

[1] Vgl. dazu J. Haider: *Die Freiheit, die ich meine.* Um ein Vorw. erw. Auflage, Frankfurt/Berlin 1994, S. 116.

[2] Interview im *Profil* v. 21. 8. 1995, zit. nach H. Czernin: *Wofür ich mich meinetwegen entschuldige. Haider beim Wort genommen*, Wien 2000, S. 45.

[3] Interview mit Karl Pfeifer vom 15.1. 1993, zitiert nach Cernin, a.a.O., S. 33.

[4] Rede am Ulrichsberg, 7. 10. 1990, zit. nach Czernin, a.a.O., S. 26 - der vollständige Satz lautet: *»Eure Opfer, Männer und Frauen der Soldatengeneration, sollen für dieses Europa daher nicht umsonst gewesen sein. Eure Opfer werden erst in den nächsten Jahren in das richtige Licht gerückt werden, weil an der Gesamtentwicklung dieses Europa deutlich gemacht wird, dass die Grundlage von Euch für Frieden und Freiheit gelegt wurde.«*



haben und nicht erkennen, wem sie das eigentlich zu verdanken haben.«[5]

Zudem hat Jörg Haider keine Gelegenheit ausgelassen, Angehörige der Wehrmacht und der SS in Schutz zu nehmen, selbst wenn es sich, wie bei Walter Reder um rechtskräftig verurteilte Kriegsverbrecher handelte. Reder hatte als Hauptsturmführer der Waffen-SS 1944 im friaulischen Marzabotto ein Massaker an über 1000 Zivilisten angeordnet, obwohl sich die Partisanenverbände aus den Dörfern zurückgezogen hatten, um die Zivilbevölkerung zu schonen. Reder wurde dafür zu lebenslanger Haft verurteilt. Für Jörg Haider hat W. Reder jedoch *»nur seine Pflicht getan«*. Zudem versichert er: *»Das Schicksal Walter Reders hätte jeden unserer Väter ereilen können.«*[6] Auf der Basis dieser unglaublichen Nivellierung zwischen einfachen Wehrmachtssoldaten und Kriegsverbrechern wird eine differenzierte und selbstkritische Aufarbeitung der NS-Vergangenheit Österreichs stets als pauschale Kriminalisierung der Soldatengeneration diffamiert.

... konnte sich in Österreich im toten Winkel jahrzehntelanger Neutralität und gestützt durch eine beinahe vollständige Kommerzialisierung der nationalen Identität durch den Tourismus eine politische Kultur erhalten, in der Tabubrüche im Umgang mit der Vergangenheit keine politische Kosten verursachen.

Vor diesem Hintergrund – und erst vor diesem Hintergrund! – erhält die Ausländer-Politik der FPÖ eine besonders gefährliche Bedeutung. Diskriminierende Politik gegen Immigranten betreiben – so bedauernswert dies sein mag – viele politische Akteure in Europa. Wenn jedoch in jener Region Europas, von wo aus in diesem Jahrhundert zwei Weltkriege vom Zaun gebrochen worden sind, eine Partei mit solch einem absurden Geschichtsbild gegen Ausländer, Asoziale u.a. Politik macht und sogar in Regierungsämter einrückt, muß dies alle Demokraten in Europa alarmieren.

Doch eine ehrliche Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit Österreichs ist nicht bloß für die FPÖ eine – wie es scheint unzumutbare – Aufgabe, sondern ein generelles Problem der politischen Kultur in Österreich. Anders als in der BRD, wo die Erinnerung an die Judenvernichtung und die Greuel des 2. Weltkriegs den Lackmustest von Politikfähigkeit bildet, konnte sich in Österreich im toten Winkel jahrzehntelanger Neutralität und gestützt durch eine beinahe vollständige Kommerzialisierung der nationalen Identität durch den Tourismus eine politische Kultur erhalten, in der Tabubrüche im Umgang mit der Vergangenheit keine politische Kosten verursachen. Die Wahlmotive der FPÖ-Wähler beziehen sich, wie Umfragen eindeutig belegen, vorwiegend auf innenpolitische Probleme (Proporzsystem, soziale Unsicherheit etc.). Die Wähler der FPÖ sind mehrheitlich keineswegs Sympathisanten der NS-Ideologie. Das Problem liegt vielmehr darin, daß in breiten Schichten der österreichischen Bevölkerung – und zwar weit über die FPÖ-Grenzen hinweg – die Verharmlosung der NS-Vergangenheit kein hinreichender Grund ist, eine Partei nicht zu wählen.

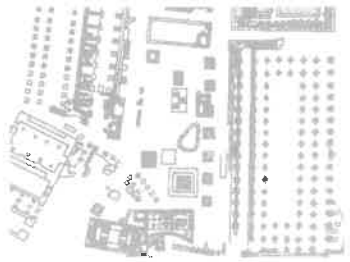
Dazu kommt, daß es in Österreich möglich ist, mit trotziger Verdrängung der Vergangenheit Wählerstimmen zu maximieren. Dies hat der Waldheimwahlkampf 1986 vorgeführt. Waldheim hätte den Vorwürfen gegen seine Person mit einer einzigen Pressekonferenz entgegentreten können, in der er die konkreten Umstände seiner Zeit als Wehrmachtsoffizier offenlegt und sein tiefes Bedauern über die Greuel der deutschen Kriegsführung am Balkan zum Ausdruck bringt. Stattdessen nutzte – so die Recherche von Josef Haslinger – Waldheim auf Ratschlag einer US-Werbeagentur die *»Kampagne«* als Mittel der Wahlwerbung. Dazu Haslinger: Die *»zur Schau getragene Selbstzufriedenheit, die keine Schuld kennt und keine Trauer, das war nicht Waldheim als Person, der – so hoffe ich jedenfalls – Schuld und Trauer kennt. Das war der Werbeausdruck einer Zielgruppe: ein Österreicher wie Waldheim.«*[7]

Der gegenwärtige Konflikt zwischen der ÖVP-FPÖ-Regierung und den 14-EU-Staaten deckt daher tiefliegende Defizite der politischen Kultur in Österreich im Umgang mit der NS-Vergangenheit auf.

[5] A.a.O., S. 27

[6] Vgl dazu H.-H. SCHARSACH: *Haiders Kampf*, Wien 1992, S. 112f.

[7] J. HASLINGER: *Politik der Gefühle. Ein Essay über Österreich*, überarb. Neuausgabe, Frankfurt/M. 1995.



Der inzwischen durch den Weisenrat stillgelegte Konflikt zwischen der österreichischen Regierung und den 14 EU-Staaten deckt daher tiefliegende Defizite der politischen Kultur in Österreich im Umgang mit der NS-Vergangenheit auf, Defizite, die für westeuropäische Staaten seit längerem die Grenzen des Zumutbaren überschreiten. Solange in der Bevölkerung in dieser Sache kein Bewußtseinswandel erfolgt, bleibt zu befürchten, daß – nach Waldheim 1986 und der ÖVP/FPÖ-Regierung im Jahr 2000 – im Rhythmus von 10 bis 15 Jahren die politische Kultur in Österreich mit den »Werten der EU« ungeschützt zusammenprallen, wobei schon jetzt abzusehen ist, daß sich die Ressentiments auf beiden Seiten erhöhen werden.

... bleibt zu befürchten, daß im Rhythmus von 10 bis 15 Jahren die politische Kultur in Österreich mit den »Werten der EU« ungeschützt zusammenprallen ...

2. Zur Programmatik der FPÖ: »Ein Menschenrecht auf Heimat?« – Ethnopluralismus versus mulitkulturelle Gesellschaft

In den Auseinandersetzungen um die derzeitige österreichische Regierung wurde auch immer wieder der Vorwurf erhoben, daß die Politik der FPÖ, insbesondere die Ausländerpolitik, den Prinzipien liberaler Demokratien widerspräche. In der vom Bundespräsidenten verfaßten Präambel zur Regierungserklärung bekennt sich daher die ÖVP-FPÖ Koalition – eine einmalige Vorgangsweise in Europa – nochmals zum Prinzip der Menschenrechte und der Toleranz. Doch wie steht die FPÖ in ihrer ideologischen Programmatik zu den Institutionen einer westlich-liberalen Demokratie?

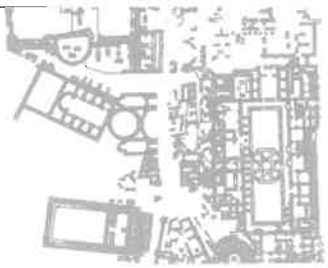
Das neue Parteiprogramm aus dem Jahre 1997 proklamiert immerhin im Kap. 1 die *»Freiheit als das höchste Gut des Menschen«*; dem folgt ein Bekenntnis zu den politischen Grund- und Freiheitsrechten. Ziel der Politik ist eine *»Lebensordnung mit möglichst viel Selbstbestimmung für jeden Menschen«*. Gegen ein egoistisches Mißverständnis moderner Freiheit wird zunächst noch in Kantischer Manier hinzugefügt: *»Die Freiheit des Einzelnen findet ihre Grenzen in der Freiheit des anderen.«* (c. 1, art. 1) Bedenklicher stimmt bereits, daß das hohe Gut der Freiheit in art. 2 sowohl dem Einzelnen als auch *»jeder natürlichen gewachsenen Gemeinschaft, von der Familie bis zum Volk«* zugestanden wird. Daher ist bald nicht mehr bloß von Bürgerrechten, sondern auch von Bürgerpflichten die Rede. (vgl. c. 3, art. 3; c. 7, art. 3, abs. 5) Damit stellt sich die Frage nach dem näheren Sinn des historisch belasteten Begriffs des *»Volkes«* und dessen Verknüpfung mit der Menschenrechtsprogrammatik.

Im Unterschied zu früheren Parteiprogrammen, in denen die FPÖ als deutschnationale Partei stets die *»deutsche Volks- und Kulturgemeinschaft«* beschwor, entwickelt das Programm von 1997 das Konzept eines Österreich-Patriotismus. *»Unter Heimat sind die demokratische Republik Österreich und ihre Bundesländer, die historisch ansässigen Volksgruppen (Deutsche, Kroaten, Roma, Slowaken, Slowenen, Tschechen und Ungarn) und die von ihnen geprägte Kultur zu verstehen.«* (cap. 4, art. 1)[8] Der Begriff der *»Heimat«* meint daher keineswegs eine homogene kulturelle Einheit; ausdrücklich wird betont: *»Das Nebeneinander und das Zusammenwirken der verschiedenen Volksgruppen haben die Eigenart Österreichs bewirkt.«* (c. 4, art. 2, abs. 2) Die Anerkennung der ethnischen Pluralität nationaler Identität verbindet sich zudem mit einem moralischen Universalismus der Gleichberechtigung aller Ethnien: *»Das Bewußtsein mit der besonderen Wesensart des eigenen Volkes muß untrennbar mit der Bereitschaft verknüpft sein, das Besondere auch in jedem anderen Volk zu achten.«* (c. 4, art. 3, abs. 4)

Das Programm der FPÖ enthält daher die Konzeption eines Ethnopluralismus, die ursprünglich von Alain de Benoist, einem Ideologen der Neuen Rechten in Frankreich, entwickelt worden ist.[9]

[8] Allerdings sieht Haider selbst darin keinen Widerspruch: *»Einem Mehr an Mut zu ›Rot-Weiß-Rot‹ als kultureller Besonderheit in einem veränderten Europa steht das historische Bekenntnis zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft also nicht im Wege, sondern bedingt diese geradezu.«* J. Haider: *Die Freiheit, die ich meine*, S. 224.

[9] Vgl. A. de Benoist: *Aufstand der Kulturen: europäisches Manifest für das 21. Jahrhundert*, Berlin 1999; ders.: *Kulturrevolution von rechts*, Berlin 1985; ders.: *Demokratie. Das Problem*, Tübingen-Zürich-Paris 1985.



Die Strategie, die kulturellen Potentiale ethnischer Gemeinschaften gegen den Wirbelsturm kapitalistischer Globalisierung ins Spiel zu bringen, überschneidet sich mit manchen Strömungen interkultureller Philosophie.

Darin wird der Pluralismus der Ethnien als Gegenmodell zum angeblich nivellierenden Konzept einer multikulturellen Gesellschaft eingebracht, in der sich Volksgruppen vermischen bzw. durch das Eindringen nicht-autochthoner Elemente ihre Identität verlieren. Die kulturelle Substanz ethnischer Einheiten ist in der Sicht der FPÖ das letzte verbliebene Bollwerk gegenüber dem hedonistischen Individualismus der Moderne und den entfesselten Kräften des globalen Kapitalismus. Daher faßt Jörg Haider das politische Programm der FPÖ in der Maxime zusammen: *»Wird aber Politik nicht auf ethnischen Prinzipien aufgebaut, dann hat die Menschheit überhaupt keine Zukunft.«*[10] Ohne Ethnien keine Wertegemeinschaft, ohne Wertegemeinschaft keine Demokratie.

Die Strategie, die kulturellen Potentiale ethnischer Gemeinschaften gegen den Wirbelsturm kapitalistischer Globalisierung ins Spiel zu bringen, überschneidet sich mit manchen Strömungen interkultureller Philosophie. Vor allem R. Fornet-Betancourt[11] hat im Hinblick auf die »ethnische Revolution« in Lateinamerika der letzten 20 Jahre die Widerstandspotentiale indigener Kulturen als *»Reserven an Humanität«* philosophisch gewürdigt. Doch die rhetorische Nähe überdeckt in diesem Fall tiefgreifende sachliche Differenzen.

Im Gegensatz zum FPÖ-Programm, in dem sich kein einziges Wort zur NS-Vergangenheit des »deutschen Volkstums« findet, jedoch jede Menge Aufrufe zu selbstbewußtem Patriotismus (vgl. cap. 3, art. 4, abs. 1), vermeidet Fornet-Betancourt jede Form einer unkritischen Idealisierung ethnischer Gemeinschaften. Kulturen setzen sich jeweils aus unterschiedlichen Traditionen zusammen, das prägende Bild einer Kultur resultiert daher immer auch aus Dominanzen und Hegemonieansprüchen bestimmter Traditionen, die andere marginalisieren. Da zudem *»jede Kultur ihre eigene ›Barbarei‹ erzeugt«*[12], hat der Einzelne, worauf Fornet-Betancourt in besonderer Weise hinweist, *»das Recht auf ›kulturellen Ungehorsam‹ innerhalb der eigenen Kulturwelten«.*[13]

Für die FPÖ ist hingegen Kultur kein Bündel konfligierender Traditionen, die sich stets verändern, sondern eher ein Wesensbestand; Ziel der Politik ist daher der *»Schutz des Bestandes sowie der kulturellen Identitäten der angestammten (autochthonen) Volksgruppen«* (cap. 4, art. 2, abs.1). Aufgrund des essentialistischen Kulturbegriffs wird der kritisch-reflexive Bezug zur eigenen Kultur zum Symptom des Kulturzerfalls. Die FPÖ kommt damit einer Politik des *»administrativen Artenschutzes«* (Habermas), die den ökologischen Gesichtspunkt der Konservierung von Arten auf Kulturen überträgt, äußerst nahe.[14]

Angesichts der Tatsache, daß moderne Gesellschaften kulturelle Traditionen unumgänglich in einen Prozeß der Dauerreflexion stoßen und in den Formen moderner Kunst den *»kulturellen Ungehorsam«* gleichsam institutionalisieren, ist es kein Zufall, daß die FPÖ in ihrem Programm den Kulturkampf als Mittel für die Bewahrung der Substanz ethnischer Kulturen ankündigt. *»Österreichbeschimpfungen und mutwillige Herabsetzungen österreichischer Eigenheiten«* erfordere *»einen entschlossenen geistigen Widerstand aller patriotischen Kräfte.«* (cap. 3, art. 4, abs. 3). Adressat des Kulturkampfes ist, wie Haider selbst unmißverständlich klarstellt, die moderne Kunst, die als linker Kulturfaschismus denunziert wird: *»Ohne werteverteidigenden Kulturkampf ist eine Überwindung des linken Kulturfaschismus nicht möglich... Die Privatheit eines neuen Biedermeier kann nicht die Antwort sein, denn man überließe dadurch den Kulturfaschisten und der Kulturmafia von heute kampflos das Feld ... Wer die Fackel der Wahrheit durch die Menge trägt, wird*

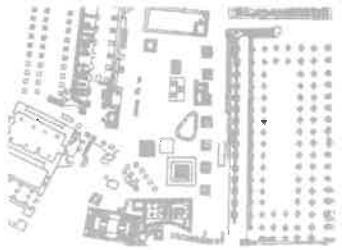
[10] J. HAIDER: *Die Freiheit, die ich meine*, S.224.

[11] Vgl. R. FORNET-BETANCOURT: *Philosophische Voraussetzungen des interkulturellen Dialogs*, in: polylog 1 (1998) S. 38-53; ders.: *Aproximaciónes a la globalización como universalización de políticas neoliberales desde una perspectiva filosófica*, en: Pasos 83, San José/Costa Rica (1999) S. 9-21.

[12] R. FORNET-BETANCOURT: *Philosophische Voraussetzungen des interkulturellen Dialogs*, S. 40

[13] Ebd., S. 42

[14] J. HABERMAS: *Kampf um Anerkennung im demokratischen Rechtsstaat*, in: ders.: *Die Einbeziehung des Anderen*, Frankfurt/M. 1997, S. 257ff.



und muß einigen Leuten den Bart versengen. Auch ein lebendiger österreichischer Patriotismus kann darauf nicht verzichten.«[15]

Darüber hinaus soll die ethnische Identität Österreichs nach dem Programm der FPÖ auch durch ein staatlich einklagbares *»Recht auf Heimat«* geschützt werden, das zu den bereits verankerten Menschenrechten in einem *»wehrhaften Grundrechtskatalog«* aufgenommen werden soll (cap. 7, art. 2, abs. 3). Doch damit öffnet das Programm der FPÖ totalitärer Politik die Tür. Denn Menschenrechte sind grundsätzlich individualistisch angelegt, weil sie die einzelne Person zum Träger subjektiver Rechte machen. Daher sind kollektive Rechte in der Menschenrechtsdiskussion bis heute umstritten. Da jedoch einzelne ihre individuelle Identität nur im Kontext kultureller Lebensformen ausbilden können, sind minoritären Gruppen, deren kulturelle Identität gefährdet ist, auch kollektive Rechte zugestanden worden. Minderheitenrechte sind daher die einzigen anerkannten Menschenrechte kollektiver Art.

In der Forderung eines *»Rechts auf Heimat«* überträgt nun das Programm der FPÖ die Idee der Minderheitenrechte auf die nationale Kultur. So wie Minderheiten im Kontext einer nationalen Mehrheitskultur in ihrer Identität bedroht werden können, so erscheinen nun auch nationale Kulturen durch die Globalisierung der Märkte und durch verstärkte Migration in ihrem Bestand gefährdet. Doch der Schritt vom Minderheitenrecht zu einem *»Recht auf Heimat«* ist ein Schritt in Richtung totalitäre Politik. Denn mit diesem *Menschenrecht auf Heimat*, das vom Einzelnen einklagbar und somit staatlich durchsetzbar sein müßte, würde dem Staat die Definition und wirksame Bewahrung nationaler Identität überantwortet. Die ethnische Auslegung eines österreichischen Patriotismus durch die FPÖ wäre nicht mehr eine Konzeption unter anderen im öffentlichen Disput, sondern Teil eines staatlich verbindlichen Rechts auf Heimat. Damit könnten nicht nur, wie jüngst vom FPÖ-Justizminister ernsthaft erwogen, oppositionelle Politiker, die Österreich »vernadern«, gerichtlich belangt werden, sondern auch avantgardistische Künstler, der sogenannte *»linke Kulturfaschismus«*, ja letztlich alle Bürger, die sich im kulturellen Ungehorsam gegen die Idee einer ethnopluralistischen Nation stellen. So lassen sich in der Ideologie der FPÖ unschwer jene *»volksfremden Elemente«* wiederfinden, die bereits in der NS-Ideologie Zielscheibe der Propaganda und des Staatsterrors waren: entartete Künstler, Sozialisten, Asoziale – Juden fehlen ohnehin im ethnischen Begriff der »Heimat«.

Kurz: Wenn es Sache des Staates wird, eine wie immer definierte nationale Identität zu schützen, zieht dies unmittelbar die politische Verfolgung all jener Bürger nach sich, deren patriotische Gesinnung zweifelhaft erscheint. Der Tugendterror ist die fatale Konsequenz eines Menschenrechts auf Heimat. Daher muß die jeweilige Bestimmung nationaler Identität öffentlichen Diskursen überlassen bleiben, deren Institutionen ein demokratischer Staat primär durch die Garantie von Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit schützt.

Wenn es Sache des Staates wird, eine wie immer definierte nationale Identität zu schützen, zieht dies unmittelbar die politische Verfolgung all jener Bürger nach sich, deren patriotische Gesinnung zweifelhaft erscheint.

Vor diesem Hintergrund erhält nun auch die Anti-EU-Haltung der FPÖ eine zusätzliche Bedeutung. Die Frage, wie die politischen Institutionen für die nächste Phase des europäischen Integrationsprozesses umgebildet werden sollen, so daß darin auch die Errungenschaften des demokratischen Nationalstaats gewahrt bleiben, darüber wird zur Zeit in ganz Europa äußerst kontrovers diskutiert. Eine EU-kritische Haltung, die jedoch die Grundlagen des modernen Rechtsstaats im Namen einer auf ethnischen Prinzipien aufbauenden Politik aushöhlt, greift das zentrale Motiv des europäischen Integrationsprozesses an, das seit der deutsch-französischen Stahlunion alle Etappen der innereuropäischen Verständigung geleitet hat, nämlich die Überwindung nationalistischer Ideologien.

[15] J. HAIDER: *Die Freiheit, die ich meine*, S. 230, 223.